

Das Land vergisst das Lehrpersonal

Kein Beitrag für den Ankauf informationstechnischer Mittel, von einer Gleichbehandlung mit den Landesbediensteten immer weiter entfernt

...so lautet das ernüchternde Ergebnis monatelanger Verhandlungen.

Am 13. November wurde im Einvernehmen mit der öffentlichen Delegation ein Teilvertrag vorunterzeichnet, der eine gestaffelte Einmalzahlung von 800, 600 bzw. 300 Euro vorsah.

Waren die zur Verfügung gestellten 10 Millionen auch zu wenig, so wäre es doch eine erste Anerkennung der persönlichen Anschaffungskosten gewesen und auch ein erster Schritt für das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art in Richtung Vertragsverhandlungen für das Triennium 2019-2021 im Sinne der Gleichbehandlung mit dem Landespersonal, das den Kollektivvertrag für diesen Zeitraum mit entsprechenden Gehaltserhöhungen bereits abgeschlossen hat.

Der Teilvertrag wurde der Prüfstelle des Landes zur Begutachtung vorgelegt. Die Prüfstelle war der Ansicht, dass es sich bei der Einmalzahlung um eine Art „Prämie“ handle und darum sowohl quantitative, als auch qualitative Bewertungskriterien für die „performance“ fehlten und empfahl diese in zukünftigen Verträgen vorzusehen. Obwohl insgesamt positiv, hat die öffentliche Delegation die Anmerkungen der Prüfstelle als unüberwindbares Hindernis gedeutet und war nicht mehr bereit den vorunterzeichneten Vertrag der Landesregierung vorzulegen.

Weder unsere Alternativvorschläge, Zahlung des Inflationsausgleichs für die Jahre 2019 und 2020, oder Entschädigung in Form einer Zulage für die Nutzung der eigenen digitalen Ausrüstung, noch die von der öffentlichen Delegation vorgeschlagene COVID-Sonderprämie mit einer von den Schulführungskräften rückwirkend erstellten Bestätigung der im Fernunterricht geleisteten Mehrarbeit, beschränkt auf jene Lehrpersonen, die im Zeitraum zwischen März und Juni 2020 mindestens 2 Monate im Dienst waren, konnten den Prüfstellen aufgrund der technischen Verfahrensfristen erneut vorgelegt werden.

Wir fordern von der Landespolitik ohne weitere Verzögerungen

- 1. Die Bereitstellung der notwendigen Geldmittel, um die Gleichbehandlung mit dem Landespersonal zu garantieren!**
- 2. Eine strukturelle und kontinuierliche Vergütung für die Nutzung der eigenen informationstechnischen Mittel, im Sinne der gesamtstaatlichen „carta del docente“!**

Die im Landeshaushalt verplanten Geldmittel reichen bei weitem nicht aus, zusätzliche Zuweisungen sind dringend nötig!

Demnächst haben wir eine Aussprache mit dem Landeshauptmann und anschließend auch mit den Fraktionssprecher*innen des Landtages, da die Abstimmung über den Landeshaushalt noch bevorsteht.

Sollten unsere Forderungen kein Gehör finden, werden wir Protestmaßnahmen in die Wege leiten.

Die Schulgewerkschaften

GBW-FLC AGB-CGIL

SGB-CISL Schule Scuola

SSG-ASGB

SGK Schule FUH-UIL Scuola RUA

Stefano Fidenti

Sandro Fraternali

Petra Nock

Marco Pugliese